

Die Runden Tische der Bezirke: ungleiche Ziele, ungleiche Chancen

Weil, Francesca

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weil, F. (2009). Die Runden Tische der Bezirke: ungleiche Ziele, ungleiche Chancen. *Totalitarismus und Demokratie*, 6(1), 49-68. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311548>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Runden Tische der Bezirke – Ungleiche Ziele, ungleiche Chancen

Francesca Weil



Dr. Francesca Weil, geb. 1962 in Reichenbach/Vogtland, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden. Diplomlehrstudium für Geschichte und Deutsch, 1988 Promotion zum Dr. phil. (PH Leipzig), 1988–1995 wissenschaftliche

Assistentin an der PH Leipzig und am Historischen Seminar der Universität Leipzig; 1996–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig; 2003–2006 Stipendiatin am Hannah-Arendt-Institut; seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut.

Abstract

The Round Tables founded in the GDR in 1989/90 did not understand themselves as democratic institutions but as urgently necessary tools for coping with the crisis and for democratization. The following contribution asks about in which way the Round Tables of the districts contributed to the democratization process. In this context, against the background of common and different features it is most of all about the respective goals, ways of proceeding and opportunities of a successful activity of the 15 bodies as well as about the modes of cooperation with the state's district institutions.

Als politische Einrichtung griff man auf Runde Tische immer dann zurück, wenn gesellschaftliche Gruppierungen Meinungen austauschen wollten, um trotz kontroverser Ausgangsinteressen eine Einigung zu erzielen. Sie drückten demnach den Willen zum Konsens bei aktuellem Dissens aus.¹ In den Umbruchsjahren 1989/90 etablierten sich Runde Tische zeitweilig in sechs von sieben ost- und mitteleuropäischen Staaten.² Als Einrichtungen des Übergangs zu einer neuen Gesellschafts- und Staatsform hat es sie bereits in Polen und Ungarn gegeben,³ bevor auch in der DDR der Zentrale Runde Tisch und hunderte Runder Tische in den Kommunen, Kreisen und Bezirken zusammentraten. Hinzu kamen sog.

-
- 1 Vgl. Rüdiger Läger, Nähe und Distanz am Runden Tisch. Konfliktkommunikation und Argumentieren im politischen Kontext am Beispiel des Zentralen Runden Tisches der DDR. In: Ruth Reiher/Undine Kramer (Hg.), Sprache als Mittel von Identifikation und Distanzierung, Frankfurt a. M. 1998, S. 237–271, hier 237 f.
 - 2 Vgl. Michael Richter, Die friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen 2009, S. 1437.
 - 3 Vgl. Uwe Thaysen, Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990, S. 15.

thematische Runde Tische. Sie verstanden sich nicht als demokratische Einrichtungen, sondern als dringend erforderliche Instrumente der Krisenbewältigung und der Demokratisierung. Als konkordanzdemokratisch konzipierte Gremien trugen sie insbesondere dazu bei, eine gewaltfreie Institutionalisierung der Demokratie zu gewährleisten. Gemeinsam ist allen Tischen, dass sie einerseits halfen, Chaos und Gewalt abzuwenden, andererseits aber – für die Zukunft nicht folgenlos – den „reinen Tisch“ mit den alten Machthabern verhinderten.

Anliegen des vorliegenden Beitrages ist es nicht, die Runden Tische der Bezirke historisch oder theoretisch einzuordnen oder daraus gar den Stellenwert aller in der DDR gebildeten Tische abzuleiten.⁴ Hierbei geht es ausschließlich um die Frage nach den Anteilen der Runden Tische der Bezirke am Demokratisierungsprozess in der DDR. Vor dem Hintergrund gemeinsamer und unterschiedlicher Merkmale steht folgende Frage im Mittelpunkt: Welche Ziele und Chancen konnten diese 15 Gremien aufgrund der Kooperationsmodalitäten mit den staatlichen Bezirksinstitutionen anstreben bzw. entwickeln und nutzen?⁵

I. Bezirke als staatliche Mittelinstanzen

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der sowjetischen Besatzungszone die fünf Länder Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen gebildet. Aber bereits Anfang Juli 1952 proklamierte die 2. Parteikonferenz der SED den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Damit einhergehend beschloss die Parteiführung, den Staatsaufbau dem sog. Demokratischen Zentralismus entsprechend umzugestalten.⁶ Durch das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den

4 Hans Jürgen Fink verband – wie einige andere auch – mit dem auf dem Historikertag gehaltenen Vortrag offenbar andere Erwartungen. Vgl. Hans Jürgen Fink, Deutschland in der zeitgeschichtlichen Forschung. Historikertag in Dresden, 30. September – 3. Oktober 2008. In: DA, 41(2008) 6, S. 1077–1081, hier 1079.

5 An dieser Stelle soll lediglich ein Teilergebnis des am HAIT angesiedelten Forschungsprojekts „Die Runden Tische der Bezirke im ostdeutschen Transitionsprozess 1989/90“ vorgestellt werden. Ziel des gesamten Projekts ist eine komparative Analyse der Runden Tische der Bezirke in der DDR. Deren Entwicklung wird auf empirisch-historischer Grundlage mit politikwissenschaftlichen Methoden und Fragestellungen untersucht. Die Arbeit soll Aussagen über die Demokratisierung in der DDR auf der Bezirksebene erlauben. Die endgültigen Ergebnisse der Studie erscheinen im März 2010 als Monografie.

6 Demokratischer Zentralismus bezeichnet ein von Lenin entwickeltes Führungsprinzip kommunistischer Parteien, nach dem a) Staat und Partei hierarchisch-zentralistisch aufzubauen sind, b) das Führungspersonal von Partei und Staat von unten nach oben gewählt wird, die Auswahl der zu wählenden Kandidaten jedoch von oben nach unten erfolgt, c) die Beschlüsse der höheren Organe für die unteren bindend sind und d) Minderheiten sich einer straffen Parteidisziplin unterordnen müssen. Vgl. Klaus Schubert/Martina Klein, Das Politiklexikon, 4. Auflage Bonn 2006.

Ländern der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 23. Juli 1952 entstanden 217 Kreise, welche man in 14 Bezirke zusammenfasste. Am 7. September 1961 wurde Ost-Berlin durch einen Erlass des Staatsrates der DDR die Funktion eines Bezirkes übertragen und seither als 15. Bezirk mit der Bezeichnung „Hauptstadt Berlin“ geführt.

Die Bezirke besaßen keine politische Autonomie wie die Bundesländer oder Selbstverwaltungsrechte wie die bundesdeutschen Kommunen. Es handelte sich um Mittelinstanzen einer hierarchisch-zentralistischen Staatsstruktur, über die die Partei- und Staatsführung der DDR umfangreichere Aufgaben wahrnahm, als dies bei den bundesdeutschen Regierungsbezirken der Fall ist. Oberste Gremien der Staatsmacht in den Bezirken sollten die regionalen „Volksvertretungen“, die Bezirkstage, sein.⁷ Die Zusammensetzung der Abgeordneten ergab sich durch Wahlen per Einheitslisten. Gewählt wurden Kandidaten der in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Blockparteien und Massenorganisationen. Von demokratisch gewählten und damit auch legitimierten Volksvertretungen konnte demnach keine Rede sein. Die Aufgabe der Bezirkstage war es, über Vorlagen, die von der Exekutive, dem Rat des Bezirkes eingebracht wurden, abzustimmen. Theoretisch hatten die Abgeordneten der Bezirkstage auch das Recht, eigene Anträge einzubringen, wovon sie aber kaum Gebrauch machten. Der Rat des Bezirkes wurde vom Bezirkstag gewählt. Die Behörde leitete zwar ein Vorsitzender, die zentrale Person war jedoch der Sekretär des Rates, da er die Kontakte zur SED-Bezirksleitung hielt. Letztere hatte mit ihrem ersten Sekretär, dessen Position weitaus einflussreicher war als die der Ratsmitglieder, die eigentliche Führung bzw. Entscheidungshoheit in allen gesellschaftlichen Bereichen des Bezirkes inne.

Infolge der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 beschloss die Volkskammer am 22. Juli 1990 das Ländereinführungsgesetz, das am 14. Oktober d. J. in Kraft treten sollte und durch das die Bezirksstruktur aufgelöst und die fünf Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) neu errichtet werden sollten. Durch den Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 wurden die Länder allerdings bereits zu diesem Zeitpunkt wieder gegründet. Ost-Berlin, das sich erst kurz zuvor als Stadt eine eigene Verfassung gegeben hatte, vereinigte sich am gleichen Tag mit West-Berlin.⁸

Die Struktur der Bezirke und ihr Zuschnitt blieben jedoch über die deutsche Wiedervereinigung hinaus bis zur Länderbildung im Spätherbst 1990 unverän-

7 In Ost-Berlin handelte es sich um den aus Oberbürgermeister und Stadträten bestehenden Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung.

8 Nach den ersten freien Kommunalwahlen nahm am 30. Mai 1990 in Ost-Berlin der neue Magistrat seine Arbeit auf. In der Folgezeit wurde die Verwaltung in den beiden Stadthälften vereinheitlicht. Nach der Wiedervereinigung amtierten für eine Übergangsphase bis zu den ersten Gesamtberliner Wahlen am 2. Dezember 1990 die Parlamente und der Senat von Westberlin sowie der Magistrat von Ostberlin weiter. Der neue Gesamtberliner Senat nahm am 11. Januar 1991 seine Arbeit auf. Der Runde Tisch von Ostberlin beendete seine Tätigkeit Ende Mai 1990.

dert. Im Gegensatz zu den Wahlen zur Volkskammer im März 1990 sowie in den Kreisen und Kommunen im Mai d. J. fanden aufgrund der zu erwartenden Länderbildung in den Bezirken der DDR keine demokratischen Wahlen mehr statt. Lediglich die Bezirkstage lösten sich am 30. Juni 1990 auf. Die Räte der Bezirke benannte man in Bezirksverwaltungsbehörden um. Somit führten die DDR- und kurzzeitig auch die bundesdeutsche Regierung die Bezirksbehörden und ihre Bürokratie mit einigen personellen Veränderungen als eine Art Auftragsverwaltung bis zur Bildung der Länder und ihrer Institutionen fort.

II. Merkmale der Runden Tische der Bezirke

Die Runden Tische der Bezirke bildeten sich nach der Konstituierung des Zentralen Runden Tisches, zwischen dem 10. und 21. Dezember 1989. Initiatoren waren häufig Kirchenvertreter, Mitglieder der neuen Gruppierungen, aber auch Funktionäre der Altparteien oder der Bezirksräte. Mitunter überließen die neuen Kräfte die Bildung der Tische den alten Machthabern. So rief beispielsweise der Bezirksratsvorsitzende von Frankfurt/Oder den Runden Tisch des Bezirkes mit der nachvollziehbaren Absicht ins Leben, auf diese Weise die Arbeitsfähigkeit des Rates überhaupt aufrechtzuerhalten.⁹ Auch der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Cottbus initiierte den hiesigen Runden Tisch und begrüßte die Teilnehmer am 19. Dezember 1989 zur ersten Beratung. In diesem Fall war er es auch, der den anwesenden Vertretern das Anliegen der Gespräche am Runden Tisch erläuterte. Er sah darin „Möglichkeiten für eine demokratische Mitarbeit [...] aller politischen Kräfte am gesamten Gesellschaftsleben im Bezirk“ und empfahl dem Runden Tisch, in den nächsten Wochen die wichtigsten Aufgaben zur Sicherung des gesellschaftlichen Lebens zu beraten. Dazu sei es notwendig, dass alle Kräfte ihre Ideen und Vorschläge einbringen.¹⁰ Zu diesem Zeitpunkt hoffte mancher regionale Funktionär von SED und Staatsapparat noch, die Macht auf diese Weise erhalten zu können. Vertreter der neuen Gruppierungen favorisierten dagegen die Runden Tische, weil sie sich selbst nicht für regierungsfähig hielten.

An den Runden Tischen der Bezirke gestaltete sich die Zusammensetzung der teilnehmenden Parteien und Gruppierungen sehr unterschiedlich, teilweise ist sie eher zufällig zustande gekommen. Gemeinsam ist allen Tischen, dass die jeweiligen Akteure Zusammensetzung und Umfang selbst aushandelten. An den meisten Tischen war man um Ausgewogenheit bemüht – SED-PDS und Block-

9 Vgl. Ludwig Esselbach, Eine gewisse psychologische Bedeutung. Runder Tisch für den Bezirk Frankfurt (Oder). In: Friedrich Winter (Hg.), Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989, Leipzig 1999, S. 72–79, hier 72 f.

10 Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Runder Tisch des Bezirkes Cottbus, Protokollüber die 1. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Cottbus am 19. Dezember 1989, up.

parteien sollten keine Stimmenmehrheit besitzen. Das gelang jedoch nicht immer, weil es in einigen Regionen nur wenige Oppositionsgruppen gab, die sich mancherorts auch erst nach der Konstituierung Runder Tische zusammenfanden. Das traf vor allem auf die Bezirke im Norden der DDR zu. Darüber hinaus achteten die Moderatoren der meisten Tische darauf, dass die Zahl der Stimmberechtigten übersichtlich blieb. An den Bezirkstischen, z. B. in Magdeburg, an denen kein Augenmerk auf eine sinnvolle Begrenzung der Stimmberechtigten gelegt wurde, war die Arbeit angesichts der Vielzahl von vertretenen Parteien bzw. Gruppierungen eher als konfus zu bezeichnen.¹¹

Die Mehrzahl der Bezirkstische leiteten Kirchenvertreter. Ihre Akzeptanz als Gesprächsleiter resultierte vor allem aus ihren Erfahrungen im demokratischen Dialog und ihrer Schulung in Konsensbildung, die sie gewinnbringend bei der Rundtischmoderation einbringen konnten. Die Moderatoren waren nicht Vertreter eigener Interessen, sondern „Vermittler in Verantwortung für das Ganze“, „Helfer zum Gespräch“ und „Mahner zur Friedfertigkeit“.¹² Der christlich geprägte Wille nach Konsens und Ausgleich hat aber mitunter auch wichtige oder intensivere Auseinandersetzungen verhindert. Es gab jedoch ebenfalls Tische, an denen man sich in der Gesprächsleitung abwechselte. Eine fortwährende Rotation der Tischleitung und die Teilnahme von Kirchenvertretern „lediglich“ als Stimmberechtigte – an den Runden Tischen der Bezirke Suhl, Gera oder Neu-Brandenburg – behinderten andererseits die erforderliche Stringenz im Ablauf.

Viele dieser Gremien arbeiteten wie der Zentrale Runde Tisch mittels einer Geschäftsordnung, schufen Arbeitsgruppen oder setzten für bestimmte Themen eigene Tische ein. Gewiss kann den Runden Tischen der Bezirke eine erfolgreiche Arbeit attestiert werden. Aber die Zeit von drei bis maximal sieben Monaten war ein knapper Zeitraum, in dem viele Themen und Probleme diskutiert, jedoch oft nicht kurzfristig oder endgültig gelöst werden konnten. Die wichtigsten Aufgaben der 15 Bezirkstische bestanden in der dringend erforderlichen Begleitung der Arbeit der Bürgerkomitees zur Auflösung der Bezirksstrukturen des Amtes für Nationale Sicherheit (der Nachfolgeeinrichtung des MfS),¹³ in der Diskussion bezirkspezifischer Themen und der Vorbereitung der Wahlen. Den Runden Tischen der Bezirke kam außerdem eine besondere Bedeutung beim

-
- 11 Vgl. Jürgen Vogel, Magdeburg, Kroatienweg: Chronik des Magdeburger Bürgerkomitees. Beobachtungen in der Zeit der Wende zwischen Lüge und Wahrheit, Braunschweig 1992, S. 39; Jetzt Stimmrecht für 22 am Runden Tisch des Bezirkes. Debatte um Verfahrensfragen immer noch im Mittelpunkt. In: Volksstimme vom 4.1.1990, S. 1.
 - 12 Vgl. Martin Ziegler, Runder Tisch und politische Kultur in Europa. In: Der Platz der Kirchen an den Runden Tischen, Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Heft 11, hg. von der Gesellschaft zur Förderung vergleichender Staat-Kirche-Forschung e. V., Berlin 2000, S. 68–71, hier 69.
 - 13 Vgl. Tobias Hollitzer, Der Rollen- und Funktionswandel von Aufarbeitungsinitiativen seit der friedlichen Revolution 1989/90 am Beispiel des Bürgerkomitees Leipzig. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Band VII, Baden-Baden 1999, S. 228–687, hier 305 ff.

Übergang von der zentralstaatlichen Verwaltung der SED-Diktatur zur föderativen Struktur des vereinten Deutschland zu. So gingen z. B. vom Runden Tisch des Bezirkes Dresden die ersten Impulse aus, um das Land Sachsen zu gründen.

An den regionalen Tischen waren die staatlichen Verantwortlichen zumeist von Anfang an anwesend. Darüber hinaus nahmen an den Sitzungen die Regierungsbeauftragten zur Auflösung der Staatssicherheit der Modrow-Regierung und später die Bezirksbevollmächtigten der de Maizière-Regierung teil. Aber ähnlich wie beim Zentralen Runden Tisch führten erst der Autoritätsverlust staatlicher Institutionen und der Zerfall der Handlungsfähigkeit der Räte und „Volksvertretungen“ auf allen Ebenen im Januar 1990 dazu, dass die Modrow-Regierung die Tätigkeit von Runden Tischen in den Regionen tatsächlich anerkannte. Von der de Maizière-Regierung erfuhren sie allerdings nur wenig bzw. keine Akzeptanz mehr.

Im Umgang mit den Regierungsbehörden spielte jedoch auch die Legitimation der Runden Tische eine maßgebliche Rolle. Die Frage danach stellte man sich zwar nicht in allen regionalen Gremien, dennoch war dieses Defizit den meisten Beteiligten bewusst: Die Runden Tische waren keine demokratisch gewählten Volksvertretungen. Die Akteure fühlten sich lediglich durch die Veränderungen fordernde Bevölkerung legitimiert, auf die Entscheidungen der Administration Einfluss zu nehmen. Aber vor allem dabei machte sich die fehlende demokratische Legitimation der Runden Tische bemerkbar. Einigkeit herrschte in diesem Zusammenhang z. B. unter den Anwesenden am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg darin, dass die Arbeit des Runden Tisches zeitlich begrenzt sein müsse und zwar bis zur Schaffung tatsächlich demokratisch legitimer Volksvertretungen und Staatsorgane.¹⁴ Über die zeitliche Dauer ihrer Tätigkeit war man sich jedoch nicht an allen 15 Tischen (von vornherein) im Klaren. Nur einige verstanden sich von Anfang an als Übergangsinstitutionen.

Nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 stellten Vertreter der Wahlsieger an einigen Runden Tischen Anträge, die jeweiligen Gremien aufzulösen oder die Zusammensetzung der Stimmberechtigten entsprechend dem Wahlergebnis zu verändern. Die Rundtischteilnehmer entschieden sich zum Teil für, zum Teil aber auch gegen diese Vorschläge. Der 15. Runde Tisch des Bezirkes Dresden am 29. März 1990 fand z. B. in neuer Zusammensetzung statt. Die CDU hatte auf der vorangegangenen Sitzung sowohl eine breite demokratische Mitsprache aller Parteien als auch die Berücksichtigung des Wahlergebnisses gefordert, was mehrheitlich gebilligt wurde.¹⁵ Am Runden Tisch des Bezirkes Cottbus dagegen lehnten die Teilnehmer am 21. März 1990 den Antrag der

14 Vgl. Privatarchiv Gerhard Ruden, Tagebuch Gerhard Ruden, Eintragung vom 20.12.1989.

15 Vgl. Sächsische Zeitung vom 30.3.1990, S. 1.

DSU, die Stimmanteile entsprechend dem Wahlergebnis neu festzulegen, mit zehn gegen drei Stimmen deutlich ab.¹⁶

Im Zusammenhang mit den am 2. Mai 1990 beschlossenen strukturellen Veränderungen der Bezirksbehörden veranlasste die de Maizière-Regierung schließlich, Beschlüsse der letztlich noch verbliebenen Runden Tische in den Bezirken nicht mehr als verbindlich anzusehen. An einer Reihe der Bezirkstische wollte man dieser Aufforderung nach Auflösung vorerst nicht nachkommen.¹⁷ So entspann sich z. B. während der Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Rostock Anfang Mai eine angeregte Diskussion um die weitere Existenzberechtigung. Die Anwesenden sprachen sich zu diesem Zeitpunkt noch für sein Weiterbestehen aus und legten fest, dass die Parteien und Gruppierungen in der bisherigen Zusammensetzung unter neuem Namen und mit neuen Aufgaben bis zur Schaffung des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiter arbeiten sollten.¹⁸ Aber bereits 17 Tage später beschlossen die Teilnehmer die Beendigung ihrer Arbeit.¹⁹ Alle Runden Tische der Bezirke lösten sich – mit einer Ausnahme – spätestens im Mai 1990 auf. Außerdem hatten bis zu diesem Zeitpunkt Parteivertreter der Wahlsieger zahlreiche Runde Tische verlassen oder wie z. B. die CDU im Bezirk Suhl die Weiterarbeit des Gremiums blockiert.²⁰

Nur wenige Runde Tische in den Bezirken übernahmen während ihrer mehrmonatigen Arbeitsphase die Grundsatzserklärung, das sog. Selbstverständnis des Zentralen Runden Tisches. Einige regionale Tische formulierten eigenständig ein Selbstverständnis, u. a. als eine in der Geschäftsordnung enthaltene Präambel, die sich in erster Linie auf ihre Funktionen vor Ort bezog. Die Teilnehmer des Runden Tisches des Bezirkes Suhl akzeptierten beispielsweise folgende Formulierung: „Der Runde Tisch ist eine außerparlamentarische Gruppe mit beratendem und kritisch begleitendem Charakter, die die Entscheidungen des Rates des Bezirkes mit vorbereitet und mitträgt.“²¹

16 Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Ordner: „Runder Tisch“, Protokoll über die 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Cottbus am 21. 3. 1990, up.

17 Am Bezirkstisch von Cottbus entschied man sich gegen den Antrag der CDU (9:3:1), den Runden Tisch aufzulösen. Vgl. ebd.

18 Vgl. Bald das Aus für den Runden Tisch? Gremium diskutierte gestern auch eigene Zukunft. Im Mittelpunkt Vorbereitung der Kommunalwahlen. In: Ostsee-Zeitung vom 3. 5. 1990, S. 1.

19 Vgl. Bernhard Schmidtbauer, Im Prinzip Hoffnung: die ostdeutschen Bürgerbewegungen und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90. Das Beispiel Rostock, Rostock 1996, S. 145.

20 Vgl. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Suhl, Nr. K 1399, Festlegungsprotokoll über die Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Suhl am 10. 4. 1990, Bl. 122; Peter Wurschi, ... und sie wachten auf in Nordrhein-Westfalen! Die Entwicklung der Opposition in Suhl und ihr Wirken im Herbst 1989, Zella-Mehlis 2002, S. 92; Runder Tisch gesprengt? In: Freies Wort vom 11. 4. 1990, S. 1.

21 Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Suhl, Nr. K 1399, Festlegungsprotokoll über die Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Suhl vom 19. 12. 1989, Bl. 39.

Während der Zentrale Runde Tisch in seinem Selbstverständnis das Modell der Erneuerung einer selbstständigen DDR favorisierte, kann dies keinesfalls von allen regionalen Runden Tischen gesagt werden. So wollten z. B. die Vertreter des Runden Tisches des Bezirkes Halle den ersten Satz dieser Erklärung keinesfalls wörtlich übernehmen, in dem es unbestritten um die „Eigenständigkeit“ und „dauerhafte Entwicklung“ der DDR ging. Außerdem erschienen ihnen die Kompetenzen der Runderntischteilnehmer für Halle zu schwach. Man formulierte hier ein weitgehend neues Selbstverständnis, dessen Zielvorstellungen darauf gerichtet waren, den demokratischen Aufbruch unumkehrbar zu machen, freie Wahlen auf allen Ebenen zu fordern und das alltägliche Leben gewaltfrei abzusichern.²² Im Unterschied zum Suhler Tisch hatten die Teilnehmer auch andere Vorstellungen von der Zusammenarbeit mit dem Rat des Bezirkes. Wie aus dem Text zum Selbstverständnis hervorgeht, wollten die hiesigen Teilnehmer die Entscheidungen des Rates nicht generell „mittragen“, sondern lediglich kontrollieren und ggf. beeinflussen: „Aus Verantwortung für die Wahrung der Interessen der Bevölkerung beteiligen sich auch die neuen Parteien und Bürgerinitiativen an einer Sicherheitsgemeinschaft mit dem Rat des Bezirkes zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens. Vom Rat des Bezirkes wird rechtzeitige Offenlegung der Situation und Rechenschaft über durchgeführte und vorzubereitende Maßnahmen gefordert. Der Runde Tisch übt keine parlamentarische oder Regierungsfunktion aus, erwartet aber die Berücksichtigung seiner verbindlichen Empfehlungen und Vorschläge durch den Rat des Bezirkes.“²³

Bereits die formulierten Ziele und Ansprüche lassen erkennen, dass sich auch die Vorgehensweisen der Runden Tische maßgeblich voneinander unterscheiden und ihre Chancen für eine erfolgreiche Tätigkeit offenbar von den Modalitäten der Zusammenarbeit mit den staatlichen Bezirksinstitutionen abhingen. Wie schlugen sich die jeweiligen Ziele in der Kooperation mit den Bezirksbehörden nieder und zu welchen Erfolgen führten sie?

III. Kooperationsvarianten zwischen Runden Tischen und Bezirksinstitutionen

Fast alle 15 Tische wollten die Volksvertretungen und Räte trotz mangelnder demokratischer Legitimation (vorerst) bewusst nicht aus ihrer Verantwortung für die Bewältigung des Alltags entlassen. Zum einen hatten sie nach Ansicht vieler Runderntischteilnehmer die schwierige Situation mitverschuldet, zum anderen

22 Vgl. Peter Willms, Vorgeschichte und Selbstverständnis des Runden Tisches des Bezirkes Halle. Vortragstext für den Workshop Akteure an den Runden Tischen der Bezirke 1989/90, Dresden, 19. 4. 2008, S. 4 f.; Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, Rat des Bezirkes Halle, Nr. 305, Protokoll zur Konstituierung des Runden Tisches für den Bezirk Halle am 12. 12. 1989 in Heilig-Kreuz, S. 4 f.

23 Ebd.

konnte man scheinbar auf ihr Herrschaftswissen und die Verwaltungskennntnisse nicht von einem Tag auf den anderen verzichten. So appellierte beispielsweise Oberkirchenrat Müller, Moderator am Runden Tisch des Bezirkes Schwerin, zu Beginn der Sitzungen an das Pflichtbewusstsein der Bezirksvertreter und formulierte dabei die vermeintlichen Risiken: „Die Volksvertretungen werden bestärkt, bis zu den freien Wahlen ihre Verantwortung wahrzunehmen, um nicht zuzulassen, dass sich Anarchie breitmacht und alle wirtschaftlichen Strukturen desolat werden oder überhaupt nicht mehr funktionieren.“²⁴

Auf Bezirksebene verstanden viele Akteure die Runden Tische prinzipiell als Beratungs- und Kontrollgremien gegenüber den Bezirkstagen und -räten. Die sog. Volksvertretungen und ihre Exekutiven sahen sich ihrerseits veranlasst, Vertreter der an den Runden Tischen agierenden neuen politischen Gruppierungen in ihre Arbeit einzubeziehen. Zum einen mussten sie spätestens im Januar 1990 entsprechenden zentralstaatlichen Anordnungen Folge leisten, zum anderen sahen sie sich mit einer Vielfalt von Problemen und Schwierigkeiten konfrontiert, für die offenbar keine (kurzfristigen) Lösungen in Aussicht standen, die aber zur „Destabilisierung und abnehmenden Funktionsfähigkeit der Staatsorgane“ beitrugen.²⁵

Die Kooperation der Runden Tische mit den Bezirkstagen und -räten war somit einerseits geprägt von dem Ausmaß an Bereitschaft der jeweiligen Bezirksbehörden, Mitarbeit zuzulassen, und andererseits von den konkreten Ansprüchen der Mitglieder der Runden Tische, mitarbeiten zu wollen bzw. zu können. Das Spektrum der Zusammenarbeit reichte vom Austausch an Informationen zwischen Räten bzw. Bezirkstagen und Runden Tischen bis hin zur Einbeziehung von Rundtischvertretern in die Tätigkeit der Bezirkstage oder in die Arbeit der Räte mittels Mitglieder ohne Geschäftsbereich. Es gab aber auch Sonderfälle. Für die 15 Bezirke konnten folgende Kooperationsvarianten ermittelt werden.

1. Beteiligung von Teilnehmern Runder Tische an der Arbeit der Bezirkstage

Entsprechend dem Volkskammerbeschluss vom 29. Januar 1990 empfahlen letztendlich die meisten Bezirksfunktionäre den Räten aller Ebenen und allen örtlichen Staatsorganen, „ohne jeden Vorbehalt alle positiven Erfahrungen mit dem zentralen Runden Tisch zu verallgemeinern und weitergehende Angebote zur Mitarbeit auf allen Ebenen zu unterbreiten“. Die Rundtischteilnehmer wurden gebeten, ihrerseits die Zusammenarbeit zu suchen, den Vertretern der neu-

24 Schweriner Volkszeitung. Sozialistisch. Heimatverbunden. Informativ vom 14.12.1989, Nr. 295, S. 3.

25 Vgl. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Suhl, Nr. 2609, Schreiben des Bezirksinstrukteurs Suhl an den Ministerrat der DDR vom 1.2.1990, Bl. 1.

en Parteien und Bewegungen Ratsfunktionen zu übertragen und freie Mandate in den Parlamenten zu besetzen.²⁶

So bot beispielsweise der Dresdner Bezirkstag den basisdemokratischen Gruppen und oppositionellen Parteien Ende Januar 1990 frei werdende Abgeordnetenplätze an. In diesem Zusammenhang wurde dem Runden Tisch des Bezirkes vorgeschlagen, hierfür Bürger auszuwählen.²⁷ Die Basisgruppen beschlossen in Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis des Runden Tisches, an den Beratungen des Bezirkstages und dessen ständigen Kommissionen teilzunehmen und das Rede- und Antragsrecht, nicht aber das angebotene Stimmrecht wahrzunehmen.²⁸ In ihrer Begründung heißt es dazu: „Der Bezirkstag Dresden ist nicht aus freien, geheimen Wahlen hervorgegangen und somit auch nicht durch das Volk legitimiert. Diese Legitimation kann auch nicht dadurch hergestellt werden, dass Vertreter basisdemokratischer Vereinigungen und neuer Parteien in den Bezirkstag kooptiert werden. Die darin bestehenden Mehrheitsverhältnisse entsprechen nicht dem Willen des Volkes. [...] In Übergangssituationen sind bestehende exekutive Organe – Rat des Bezirkes – verpflichtet, die Geschäfte bis zu einer frei gewählten Legislative weiterzuführen. Weil der Bezirkstag Dresden nicht bereit ist, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und sich aufzulösen, sind wir in Verantwortung für die Interessen der von uns vertretenen Bürgerinnen und Bürger bereit, das Rede- und Antragsrecht wahrzunehmen und in den ständigen Kommissionen mitzuarbeiten. Zur Sicherung einer effektiven Mitarbeit im Bezirkstag fordern wir die Aufnahme eines Vertreters mit Beobachterstatus in das Präsidium des Bezirkstages.“²⁹ Außerdem erklärten die Rundtischteilnehmer ihre Bereitschaft, in der Arbeitsgruppe des Bezirkstages zur Vorbereitung der Bildung des Landes Sachsen mitzuwirken.³⁰

Die in die Arbeit des Bezirkstages einbezogenen Bürger der Basisgruppen, aber vor allem der ins Bezirkstagspräsidium gewählte Moderator des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, Erich Iltgen, konnten schließlich im April 1990

26 Vgl. Thüringisches Staatsarchiv Meinigen, Akte 045836, Referat des amtierenden Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt auf der Ifo-Tagung am 24.1.1990, up.

27 Vgl. Hauptstaatsarchiv Dresden, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Dresden, Akte 46074, Beschlussprotokoll der 19. Tagung des Bezirkstages Dresden am 26.4.1990 im Haus der Kultur und Bildung. Anlage: Erklärung der CDU-Fraktion, vorgetragen vom Abgeordneten Dr. Klaus Lehmann, Bl. 28 ff.; ebd., Beschlussnummer 105/90 vom 9.5.1990: Maßnahmen zur Auswertung der 19. Tagung des Bezirkstages vom 26.4.1990, Bl. 4 f.

28 Vgl. Erich Iltgen, Vom Runden Tisch zum ersten frei gewählten Landtag nach der friedlichen Revolution. In: ders. (Hg.), Zehn Jahre Sächsischer Landtag. Bilanz und Ausblick, Dresden 2000, S. 13–30, hier 16.

29 Markus Schubert, Der Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen, Tübingen 1994, S. 40.

30 Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 46 123, Protokoll der Tagung des Präsidiums des Bezirkstages Dresden vom 20.2.1990, Bl. 151.

verhindern, dass die Räte der Bezirke Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Dresden die machtrelevanten Vorbereitungen zur Bildung des Landes Sachsen an sich rissen. Seither nahmen die drei Runden Tische die Vorbereitungen für die Bildung des Freistaates Sachsen in die Hand. Federführend war hier der Runde Tisch des Bezirkes Dresden. Als der Ministerrat unter de Maizière im Mai 1990 schließlich über das Ende der Runden Tische entschied, bestätigten sich im Dresdner Gremium die Befürchtungen, dass zwar der Einfluss der Runden Tische beendet, der des alten Machtapparates in den Bezirken bis zu den Landtagswahlen jedoch erhalten bleiben würde.³¹ Ungeachtet der Entscheidung des Ministerrates löste sich der Runde Tisch des Bezirkes Dresden daher erst im Juli 1990 auf, nachdem sichergestellt war, dass die neuen politischen Kräfte die entscheidenden Positionen in den Landesbehörden inne haben würden. An die Stelle des Runden Tisches des Bezirkes trat nach dem „Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen“ nun auch das „Sächsische Forum“ als öffentlichkeitswirksames Gremium.³² Kein anderer Runder Tisch hat so ausdauernd, konsequent und erfolgreich das Ziel einer Landesbildung verfolgt.

Im Gegensatz zu Dresden bot der Rat des Bezirkes Halle dem hiesigen Runden Tisch erst nach der Volkskammerwahl im März 1990 an, 39 freie Bezirkstagsmandate zu besetzen. Nach Ansicht der Rundtischteilnehmer sollten sie entsprechend dem anteiligen Bezirksergebnis zur Volkskammerwahl vom 18. März 1990 vergeben werden. Die Rundtischteilnehmer stimmten diesem Antrag mehrheitlich zu, da sie die weitere Arbeitsfähigkeit des Bezirkstages sichern wollten.³³ Darüber hinaus entstand zwischen dem Runden Tisch und dem Rat des Bezirkes ein handlungsfähiger Koalitionsrat, der aus einer seit dem 18. Januar d. J. gut funktionierenden Zusammenarbeit resultierte. Nach personellen Veränderungen im Rat des Bezirkes hatte der Runde Tisch des Bezirkes Halle bereits seit Beginn des Jahres zunehmend Funktionen einer Regierung übernommen, die von der Bezirksbehörde die Umsetzung von Maßnahmen in zahlreichen wichtigen Aufgabengebieten regelrecht einforderte.³⁴

Folgerichtig wandte sich der Runde Tisch des Bezirkes Halle mit einem Beschluss vom 3. Mai 1990 gegen den Ministerratsbeschluss, den Hallenser

31 Vgl. Erich Iltgen, Neue Politik für ein altes Land. Sachsen und die Demokratisierung der ehemaligen DDR. In: Hans Michael Kloth/Uwe Thaysen (Hg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden 1992, S. 153–161, hier 155.

32 Vgl. ebd.; Michael Richter, Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004, S. 355 ff.

33 Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, FDJ-BL Halle, Nr. 765, Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Halle am 22. 3. 1990, Protokoll 13, Bl. 3.

34 Vgl. Hermann-Josef Rupieper, Der Runde Tisch des Bezirkes Halle. Einleitung. In: Detlev Lintzel (Hg.), Einhundertneunzig Tage. Der Runde Tische des Bezirkes Halle 1989–1990, Halle 1997, S. 7–16, hier 13.

Bezirkstag wie alle anderen aufzulösen, gegen die Reduzierung der Befugnisse des Rates des Bezirkes auf eine Auftragsverwaltung und für die Fortführung seiner Tätigkeit bis zu den Landtagswahlen.³⁵ Nach dem Volkskammerbeschluss vom 15. Mai 1990 über die Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage zum Ende des Monats und dem Einsatz von Regierungsbevollmächtigten kamen die Rundtischteilnehmer dennoch überein, die Arbeit des Runden Tisches des Bezirkes Halle am 31. Mai 1990 zu beenden.³⁶

2. Berufung von Rundtischteilnehmern zu Ratsmitgliedern ohne Geschäftsbereich

In einigen wenigen Bezirken wählten die Runden Tische analog zur Entscheidung des Zentralen Runden Tisches Vertreter, die als Ratsmitglieder ohne Geschäftsbereich in die Räte der Bezirke kooptiert wurden. Auf der 18. Tagung des Schweriner Bezirkstages am 20. März 1990 wurde beispielsweise darüber informiert, dass den neuen Parteien und Gruppierungen, die am Runden Tisch des Bezirkes vertreten waren, die Möglichkeit eingeräumt werde, sich gleichberechtigt an der Arbeit des Rates des Bezirkes zu beteiligen. In diesem Sinne wurden zwei Vertreter der Grünen Liga und der Grünen Partei als Ratsmitglieder ohne Geschäftsbereich gewählt.³⁷ Das geschah auch im Rat des Bezirkes Gera, allerdings wesentlich früher. Der damalige Bezirksratsvorsitzende erinnerte sich: „Dann sind Ratsmitglieder zunächst ohne Geschäftsbereich berufen worden. [...] Das waren außerordentlich aktive und auch sachkundige Personen, die auf diese Weise mit in die politische und in die Verwaltungstätigkeit eintraten und sie auch mit gestaltet haben.“³⁸ Eines dieser ehemaligen Ratsmitglieder bestätigte dieses Urteil. Die Berufung in den Rat des Bezirkes sei sehr zeitig erfolgt, man habe an den Sitzungen teilgenommen und auch alle Unterlagen, die dort verhandelt wurden, erhalten und – wenn notwendig – mit abgestimmt.³⁹

35 Vgl. Protokoll 16. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Halle am 3.5.1990. In: ebd., S. 193–196, hier 196.

36 Vgl. Protokoll der 18. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Halle am 31.5.1990. In: ebd., S. 208–211, hier 209.

37 Vgl. Landesarchiv Mecklenburg-Vorpommern, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Schwerin, Z 23/91 37105, Protokoll der 18. Sitzung des Bezirkstages am 20.3.1990, up.

38 Interview mit Tilo Wetzel und Dr. Helmut Luck am 21.4.2008, S. 3.

39 Vgl. ebd.

3. Etablierung eines Bürgerkomitees beim Rat des Bezirkes durch einen Runden Tisch

Ratsmitglieder ohne Geschäftsbereich zu stellen, war im April 1990 auch im Bezirk Suhl geplant,⁴⁰ doch die Teilnehmer des Runden Tisches des Bezirkes hatten sich bereits vorher für eine andere Variante entschieden und ein Bürgerkomitee beim Rat des Bezirkes ins Leben gerufen. Auf Grundlage eines vom Neuen Forum vorgelegten Arbeitspapiers am 16. Januar 1990 gegründet, sollte es als exekutives Arbeitsinstrument eingesetzt werden, das den Räten des Bezirkes jeweils unabhängige Bürger zuordnet, die deren Arbeit kontinuierlich überwachen.⁴¹

Der Rat des Bezirkes bestätigte im Februar 1990, dass sich dieses Komitee als „außerparlamentarische Gruppe mit beratendem und kritisch begleitendem Charakter gegenüber dem Rat“ verstehe und aus je zwei Mitarbeitern der am Runden Tisch vertretenen neuen Parteien und Bürgerbewegungen zusammensetze. Er schlug vor, dass der Ratsvorsitzende und je ein Ratsmitglied der im Rat vertretenen Parteien dem Bürgerkomitee 14-tägig jeweils unmittelbar vor den planmäßigen Sitzungen des Rates zur „Erläuterung der Entscheidungsvorlagen und zur Beantwortung der vom Bürgerkomitee im Auftrag ihrer Bewegungen gestellten Fragen“ zur Verfügung stehen würden. Dazu ermögliche der Rat die Einsichtnahme in die Dokumente ab dem dritten Tag vor der jeweiligen Ratssitzung, wodurch eine Einflussnahme auf die Ratsentscheidungen gegeben sei.⁴² Letztendlich ließen sich die Vertreter des Bürgerkomitees auf diesen Vorschlag ein und sahen ihre wesentlichste Aufgabe darin, im Vorfeld von Ratssitzungen Beschlussvorlagen zu kontrollieren. Damit wurden die Räte zwar vordergründig entmachtet und in den Demokratisierungsprozess eingebunden. Im Hintergrund arbeiteten die alten Kader jedoch fast wie gewohnt weiter.⁴³

Anfang Mai 1990 erklärte sich das Bürgerkomitee beim Rat des Bezirkes, das nach Ansicht der Lokalpresse „im Auftrag des bezirklichen Runden Tisches die staatliche Arbeit zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens zwischen Rennsteig und Rhön kritisch begleitet“ habe, für aufgelöst. Dies geschah, weil auch der bezirksrunde Tisch im Ergebnis der Volkskammerwahlen und der durch die Regierungserklärung angekündigten Auflösung der Bezirkstage seine Arbeit eingestellt hatte.⁴⁴

40 Vgl. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Suhl, Nr. K 1399, Festlegungsprotokoll über die Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Suhl am 3. 4. 1990, Bl. 115.

41 Vgl. ebd., Festlegungsprotokoll über die Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Suhl am 16. 1. 1990 im Rathaussaal des Rates der Stadt Suhl, Bl. 63 f.

42 Vgl. ebd., Nr. 2633, Tätigkeitsbericht des Rates des Bezirkes zur 16. Tagung des Bezirkstages vom 13. 2. 1990, S. 1 f.

43 Vgl. Peter Wurschi, Akteure an den Runden Tischen der Bezirke 1989/90. Tagung in Dresden, 19. 4. 2008. In: DA, 41 (2008) 4, S. 715–718, hier 716 f.

44 Vgl. Bürgerkomitee aufgelöst. In: Freies Wort vom 3. 5. 1990, S. 1.

4. Informelle Vorab-Entscheidung einer Vorbereitungsgruppe für den Runden Tisch

In Gera wurden bereits vor der Bildung des Runden Tisches des Bezirkes Ratsmitglieder ohne Geschäftsbereich berufen, die nicht im Bezirkstag vertretene Parteien oder Gruppierungen repräsentierten. Nach Ansicht mindestens eines dieser ehemaligen Ratsmitglieder bestand deshalb im Dezember 1989 eigentlich nicht die zwingende Notwendigkeit, noch eine zusätzliche Institution wie den Runden Tisch zu schaffen.⁴⁵ Die Bildung des hiesigen Runden Tisches hatte demnach nur einen Grund: er sollte der Außenwirkung dienen. Entscheidungen fällt er offenbar nicht wirklich.

Hier hatte sich parallel zur Konstituierung des Tisches eine sog. Vorbereitungsgruppe – aus sechs Personen bestehend – zusammengefunden. Ihr gehörten der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, der Chef der Bezirksdirektion der Volkspolizei und der Leiter der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, d. h. die ehemalige „Grundstruktur der Bezirkseinsatzleitung“, an.⁴⁶ Diese wurden ergänzt durch den von Modrow eingesetzten Regierungsbevollmächtigten sowie je einen Vertreter der CDU und der SDP. Die Gruppe tagte regelmäßig vor den Sitzungen des Runden Tisches und „schaute, was notwendig ist, was machbar ist und was zu erfolgen hat“. D. h. diese sechs Personen verständigten sich im Vorfeld und ohne Wissen der anderen Runtischteilnehmer darauf, was am Runden Tisch beschlossen werden sollte. Dafür entschieden sie nicht nur über die Tagesordnungspunkte, sondern aus taktischen Gründen auch über den Verlauf der Sitzungen.⁴⁷ Im Nachhinein begründen sie ihre Handlungsweise damit, dass die staatliche Verwaltung am Runden Tisch nur durch das Protokoll vertreten gewesen sei, kein Stimmrecht und dadurch nur einen begrenzten Einfluss besessen habe. Was „verwaltungsseitig wichtig und notwendig“ gewesen sei, habe man deshalb im Vorfeld klären müssen, damit es am Runden Tisch nicht „durchfalle“.⁴⁸

45 Vgl. Interviews mit Dr. Helmut Luck und Tilo Wetzel am 21. 4. 2008, S. 1.

46 Die Bezirkseinsatzleitungen der DDR waren im zivilen Bereich für die Landesverteidigung zuständig. Sie sollten ggf. Maßnahmen der Landesverteidigung in den jeweiligen Bezirken planen, durchführen und kontrollieren. Während der Demonstrationen im Herbst 1989 leiteten sie in den jeweiligen Bezirken die militärischen Einsätze gegen Demonstranten.

47 Vgl. Interviews mit Dr. Helmut Luck und Tilo Wetzel am 21. 4. 2008, S. 5.

48 Vgl. ebd.

5. Mangelndes Interesse von Rundtischteilnehmern an der Zusammenarbeit mit den Bezirksinstitutionen

Andere Tische sahen die Mitarbeit sowohl in den Bezirkstagen als auch bei den Räten als eher bedeutungslos an. Der Runde Tisch des Bezirkes Magdeburg verfügte z. B. über so viel Macht, dass er jederzeit – wie in Halle – eine Mitarbeit in Bezirkstag und -rat hätte durchsetzen können. Allerdings hatten die neuen Parteien und Gruppierungen am Runden Tisch keinerlei Interesse daran. Man war sich sicher, auch ohne Beteiligung an der Ratsarbeit alle wichtigen Entscheidungen kontrollieren zu können.⁴⁹ Ihrer Ansicht nach bestand die wesentliche Aufgabe in der gegenseitigen Information. Der Runde Tisch sei ein Organ, das dem Bezirkstag und dem Rat des Bezirkes Empfehlungen und Vorschläge unterbreite sowie von ihm Berichterstattungen fordern könne.⁵⁰ Allerdings habe der Rat auch alle Beschlüsse des Runden Tisches des Bezirkes Magdeburg widerspruchlos umgesetzt. Diese betrafen vor allem die politische Entwicklung. Die Verwaltungs- und Wirtschaftsarbeit, über die der Ratsvorsitzende regelmäßig am Runden Tisch berichtete, habe jedoch wenig Interesse gefunden. In der Regel seien die zahlreichen Papiere mit Plankennziffern und Verwaltungsproblemen gar nicht richtig zur Kenntnis genommen worden.⁵¹ Ziel der Rundtischteilnehmer sei zwar die Zerschlagung der Machtstrukturen gewesen, nicht aber die vom Rat durchgeführte Übergangsverwaltung der bürokratischen und Wirtschaftsstrukturen.⁵² Das bot den alten Kadern in diesen Bereichen natürlich Freiräume, die sie offenbar auch eifrig nutzten.

6. Bewusster Verzicht von Rundtischteilnehmern auf eine intensive Zusammenarbeit mit den Bezirksbehörden

Während für eine ganze Reihe von Teilnehmern der Runden Tische die Frage, ob man sich an der Machtausübung von nicht demokratisch legitimierten Vertretungen wie den Bezirkstagen und den dazugehörigen exekutiven Organen, den Räten der Bezirke, beteiligen sollte, gar nicht stellte, schlossen das andere – wie in Potsdam und Neubrandenburg geschehen – für sich genau aus diesem Grunde gänzlich aus. Zwar erwartete der Runde Tisch des Bezirkes Potsdam, über die im Bezirkstag zu fassenden Beschlüsse vorab informiert zu werden, und beanspruchte das Recht, Anträge an die Volksvertretung zu stellen. Außerdem forderten seine Mitglieder, dass der Vorsitzende des Rates des Bezirkes oder einer seiner Stellvertreter ständig an den Rundtischsitzungen teilnehmen soll-

49 Vgl. Interview von Dr. Michael Richter mit Gerhard Ruden am 30.10.1992, up.

50 Vgl. Privatarchiv Gerhard Ruden, Protokoll zum „Runden Tisch“ am 20.12.1989, up.; ebd., Tagebuch Gerhard Ruden, Eintragung vom 20.12.1989.

51 Vgl. Interview von Dr. Michael Richter mit Gerhard Ruden am 28.10.1992, up.

52 Vgl. Interview von Dr. Michael Richter mit Gerhard Ruden am 30.10.1992, up.

te.⁵³ Darauf ging das Präsidium des Potsdamer Bezirkstages auch ein und beschloss, den neuen Parteien und Bewegungen sowie dem Leiter des Runden Tisches des Bezirkes, Günter Bransch, alle Beschlussentwürfe des Bezirkstages in Vorbereitung der Tagungen zu übergeben und über die inhaltliche Arbeit der ständigen Kommissionen des Bezirkstages zu informieren.⁵⁴ Jedoch verwarnten sich die Runtischteilnehmer gegenüber allen Formen von Zusammenarbeit mit den Räten der Bezirke über die Empfehlungs- und Kontrollfunktion hinaus. Man wollte ganz bewusst nicht an deren undemokratisch errungener Macht partizipieren.⁵⁵ Dennoch stellte der Rat des Bezirkes Potsdam bereits Ende Januar 1990 fest, dass sich die Mitwirkung der Runden Tische an der Lösung von Sachfragen stabilisierend auf die Handlungsfähigkeit der Staatsorgane ausgewirkt hätte.⁵⁶

7. Scheitern des Versuchs der Machtübernahme durch einen Runden Tisch im Bezirk

Am Rostocker Tisch thematisierte ein Vertreter des Neuen Forums gleich zu Beginn die Frage nach der Legitimation des Runden Tisches, des Bezirkstages und des Rates des Bezirkes als schwierigstes Problem und stellte damit eigentlich die Machtfrage. Die Teilnehmer waren sich bewusst, dass der Runde Tisch keine Legitimation durch freie und geheime Wahlen bekommen hatte. Aufgrund der schwierigen Situation im Land habe man sich zusammengefunden, um mit Hinweisen und Vorschlägen die Arbeit des Rates des Bezirkes und des Bezirkstages zu begleiten und zu kontrollieren. Die Hauptfrage – gestellt durch den Vertreter des Neuen Forums – war zunächst, ob die Nichtlegitimation der Bezirksorgane ausgesprochen werden solle oder nicht. Der Regierungsvertreter lehnte die öffentliche Infragestellung der Legitimation der Bezirksorgane ab, weil er dadurch der Unregierbarkeit und dem Chaos die Tür geöffnet sah. Die Position des Neuen Forums: Die Bezirksorgane hätten keine demokratische Legitimation. Sie sollten zurücktreten und die Regierungsgeschäfte kommissarisch bis zur Wahl weiterführen. Dabei würden sie von den Teilnehmern des Runden Tisches unterstützt. Nur die Offenlegung dieses Missstandes konnte das Vertrauen in die Regierung zurückgewinnen. Ein Vertreter der katholischen Kirche brachte dazu einen neuen Antrag ein: Wenn man den Vorschlag des Vertreters vom Neuen Forum umsetze, komme es zu Verunsicherung und Chaos im Bezirk. Da der

53 Vgl. Beschlüsse gehören zuvor auf den Runden Tisch. In: Märkische Volksstimme, 45 (1990) Nr. 15, S. 1.

54 Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Bezirkstag Potsdam. Präsidium, Nr. A/3275, Protokoll Nr. 2/90 der Präsidiumsberatung vom 26. 1. 1990, up.

55 Vgl. Interview mit Steffen Reiche am 11. 2. 2008, S. 2.

56 Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Nr. A/4100, Telegramm des Bezirksinstruktors des Rates des Bezirkes Potsdam an den Ministerrat der DDR, Bereich örtliche Staatsorgane vom 2. 2. 1990, up.

Wille des Volkes aber auch durch Kräfte repräsentiert werde, die im Bezirkstag nicht vertreten seien, müsse die Arbeit des Bezirkstages und des Rates des Bezirkes ergänzt werden. Diesem Anliegen – und ausschließlich diesem – diene der Runde Tisch. Die Mehrheit der Rundtischteilnehmer schloss sich dieser Meinung an.⁵⁷ Die Möglichkeit einer anderen Form der Zusammenarbeit war im wahrsten Sinne des Wortes vom Tisch und damit auch die Klärung der Machtfrage im Bezirk. Der Rat des Bezirkes arbeitete eigenverantwortlich weiter. Die Vertreter des Neuen Forums schätzten die Arbeit am Bezirkstisch im Nachhinein als weitgehend wirkungslos und nebensächlich ein.⁵⁸

Mit Sicherheit war es wichtig, den Entscheidungsträgern in den Räten der Bezirke zu signalisieren, dass sie kontrolliert werden. Auch haben nicht alle Räte diese Kontrollen unterlaufen, sondern sahen sich aufgrund ihres Autoritätsverlustes und ihrer eigenen Verunsicherung gezwungen, zumindest weitreichend zu informieren. So stimmten beispielsweise die Teilnehmer am Runden Tisch des Bezirkes Frankfurt/Oder darin überein, dass der neu gewählte Ratsvorsitzende die Absicht erkennen lasse, die Arbeit am Tisch zu fördern und zu unterstützen.⁵⁹ Dieses Engagement legten jedoch nicht alle Bezirksfunktionäre an den Tag. Einige Räte akzeptierten zwar die Zusammenarbeit mit den Runden Tischen und nahmen ihre Informationspflicht wahr, sahen sich selbst – z. B. in Rostock – aber immer noch in alleiniger Verantwortung⁶⁰ oder empfanden zumindest anfänglich – z. B. in Suhl – ihre Handlungs- und Entscheidungsfreiheit durch die Arbeit mit den Runden Tischen eingeschränkt.⁶¹ An anderen Tischen wie beispielsweise in Leipzig beobachteten Vertreter der neuen Gruppierungen, dass es vonseiten der Bezirksbehörden sowohl Versuche gab, die Rundtischteilnehmer bewusst zu überfordern, als auch das ehrliche Bemühen, in die Debatte zu kommen.⁶²

Die hier beschriebenen Ungleichheiten in Hinblick auf Ziele und Vorgehensweisen der Rundtischteilnehmer in den 15 Bezirken erscheinen jedoch sekundär, wenn man Folgendes in Betracht zieht: Unabhängig von Intensität und Charakter der Zusammenarbeit mit den Bezirksbehörden blieben die tatsächlichen Möglichkeiten der Kontrolle und Einflussnahme auf Entscheidungen beim Rat des Bezirkes für viele Rundtischvertreter, vor allem für die Vertreter der neuen Gruppierungen gering. Hauptsächliche Ursache hierfür war, dass es den neuen Gruppierungen aller Runden Tische der Bezirke an einer ausreichenden Anzahl

57 Vgl. Interview mit Johann-Georg Jaeger am 22.4.2008, S. 1 f.; Privatarchiv Johann-Georg Jaeger, Information zum 1. Gespräch am Runden Tisch auf Bezirksebene, Bl. 1 f.

58 Vgl. Interview mit Dr. Harald Terpe am 14.2.2008, S. 1 f.

59 Vgl. Als Mittler dienen – wie es uns aufgetragen ist. Moderator am Runden Tisch des Bezirkes. Neuer Tag im Gespräch mit Superintendent Leopold Esselbach. In: Neuer Tag vom 10.2.1990, S. 3.

60 Vgl. Interview mit Götz Kreuzer am 22.4.2008, S. 2.

61 Vgl. Thüringisches Staatsarchiv Meinigen, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Suhl, Nr. 2609, Schreiben des Bezirksinstruktors Suhl an den Ministerrat der DDR vom 1.2.1990, Bl. 2.

62 Vgl. Interview mit Michael Weber am 20.6.2008, S. 8.

kompetenter Fachleute mangelte, die eine wirksame Kontrolle auch tatsächlich hätten wahrnehmen können.⁶³ Eine ganze Reihe von ihnen fühlte sich den alten Machthabern, was Sach- und Verwaltungskompetenz anging, „meilenweit unterlegen“.⁶⁴ Andere geben heute selbstkritisch zu, die dezentralen Befugnisse der DDR-Bezirksinstitutionen und ihre daraus resultierende Machtfülle schlichtweg unterschätzt zu haben.⁶⁵ Eine Reihe von ihnen betrachtet deshalb die Funktionen und die Arbeit der Runden Tische in den Bezirken rückblickend weniger als Beitrag zur Demokratisierung in den Regionen, sondern eher als Demokratieerfahrung.⁶⁶ Mit einer anderen Einschätzung können lediglich Vertreter des Runden Tisches des Bezirkes Dresden aufwarten. Indem sie die Landesbildung zum Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärten und die Tätigkeit der staatlichen Institutionen gerade in dieser Hinsicht genau kontrollierten, drängten sie die Räte der Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig bei den Vorbereitungen zur Gründung des Freistaates Sachsen aus deren Vorreiterrolle. Damit verhinderten sie, dass sich die SED/PDS-dominierten Räte nach der Landesbildung hinter einer veränderten Fassade neu hätten formieren können.⁶⁷

IV. Zu den Anteilen der Runden Tische der Bezirke am Demokratisierungsprozess

Die beschriebenen Kooperationsvarianten zeigen die vielfältigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Runden Tischen mit den Bezirksbehörden und ihre daraus entstandenen Chancen, die Entwicklung in ihren Regionen zu beeinflussen. Die meisten Gremien wollten entsprechend ihrem Selbstverständnis keine Regierungsfunktion bzw. Macht übernehmen, sondern lediglich kontrollierend und beratend auf die Festlegungen der staatlichen Institutionen einwirken. In den meisten Bezirken blieb es dabei, weil man ohnehin nicht an der undemokratisch erworbenen Macht der DDR-Funktionäre teilhaben wollte.

Doch die zu Beginn von den Rundtischteilnehmern formulierten Ziele konnten sich im Laufe ihrer Tätigkeit auch durchaus verändern. So hatte sich z. B. der

63 Die Protokolle des Runden Tisches des Bezirkes Suhl dokumentieren die Suche nach mehr (hauptamtlichen) Mitarbeitern für das Bürgerkomitee beim Rat des Bezirkes Suhl. Vgl. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Suhl, Nr. K 1399, Festlegungsprotokoll über die Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Suhl am 20. 3. 1990, Bl. 105.

64 Vgl. Interview mit Dr. Harald Terpe am 14. 2. 2008, S. 3; Interview mit Katrin Rohnstock am 20. 2. 2008, S. 1.

65 Vgl. Interview mit Michael Weber am 20. 6. 2008, S. 8 und 12.

66 Vgl. Peter Wurschi, Akteure an den Runden Tischen der Bezirke 1989/90. Tagung in Dresden, 19. 4. 2008. In: DA, 41 (2008), S. 715–718, hier 718.

67 Vgl. Erich Iltgen, Vom Runden Tisch zum ersten frei gewählten Landtag nach der friedlichen Revolution. In: ders. (Hg.), Zehn Jahre Sächsischer Landtag, S. 13–30, hier 24.

Runde Tisch des Bezirkes Suhl zum Ziel gesetzt, Entscheidungen der Bezirksräte mitzutragen. In der Praxis reduzierte sich diese Intention jedoch auf eine Kontrollfunktion. Andere Tische wiederum ließen sich – ähnlich wie der Zentrale Runde Tisch – entgegen den anfänglich gestellten Zielen auf Regierungsfunktionen ein. Nach Rupierer konnte man z. B. seit Januar 1990 vom Mitregieren des Runden Tisches des Bezirkes Halle und seit März d. J. von dessen „legaler Machtübernahme“ auf regionaler Ebene sprechen.⁶⁸ Mancher Runde Tisch verfügte dagegen über so gut wie keine Möglichkeiten der Einflussnahme. So hatte der Runde Tisch des Bezirkes Gera keinerlei Funktionen inne. Die Arbeit der Rundtischteilnehmer trug, ohne dass sie es ahnten, lediglich Symbolcharakter bzw. half, eine gewisse Außenwirkung zu erzielen. Hinzu kam, dass sich selbst die Ausübung von Kontrollfunktionen sehr unterschiedlich gestaltete. So wurden z. B. die damit in Suhl verknüpften Tätigkeiten sehr exakt, in Magdeburg dagegen sehr oberflächlich wahrgenommen. Ohne den prinzipiellen Wert der Arbeit der Runden Tische schmälern zu wollen, muss jedoch festgehalten werden, dass viele Beteiligten ihrem Anspruch mangels Sach- und Verwaltungskompetenzen nicht wie gewünscht und erforderlich gerecht werden konnten. Eine Ausnahme bilden lediglich die Teilnehmer des Runden Tisches des Bezirkes Dresden im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten zur Bildung des Landes Sachsen.

Ziele, Arbeitsweisen, aber vor allem unmittelbare Einfluss- und Wirkungsmöglichkeiten lassen die Runden Tische der Bezirke äußerst unterschiedlich erscheinen. Aufgrund der verschiedenen Ansprüche und Herangehensweisen besaßen diese 15 Runden Tische nicht die gleichen Chancen, was ihre Kontroll- und Beratungstätigkeit in den Bezirksinstitutionen und damit ihre Einflussnahme auf die Entwicklung in den Bezirken anging. Außerdem ließen sie zu, dass die nach wie vor von SED-Funktionären dominierte staatliche Bürokratie in den Regionen nicht oder nicht vollends entmachtet wurde. Letztendlich unterstützten sie sogar die Stabilisierung der meisten Bezirksbehörden, die sich nicht nur mit einer Krisensituation, sondern unter der Modrow-Regierung auch mit einer zunehmenden, ungewohnten Eigenständigkeit konfrontiert sahen.

Dennoch gestalteten die Runden Tische der Bezirke den Prozess der Befreiung und Demokratisierung in der DDR zweifellos mit. Allerdings trugen sie in höchst unterschiedlichem Maße zur Demokratisierung in den Regionen bei. Ihre Anteile an diesem Prozess hingen demzufolge maßgeblich von den jeweils gestellten Zielen, den Herangehensweisen, von den konkreten Machtstrukturen und den handelnden Personen ab. Es gab offensichtlich viele Wege zur Demokratie und eine „wie auch immer begrenzte Handlungsautonomie der Akteure, die unter jeweils anderen Bedingungen jeweils eigenwillig wahrgenommen wur-

68 Vgl. Hermann-Josef Rupieper, Der Runde Tisch des Bezirkes Halle. Einleitung. In: Detlev Lintzel, Einhundertneunzig Tage. Der Runde Tische des Bezirkes Halle 1989-1990, Halle 1997, S. 7-16, hier 13.

de“.⁶⁹ Dieser vielfältige Demokratisierungsprozess von unten bestätigt aber vor allem eins: Zahlreiche DDR-Bürger engagierten sich an den Runden Tischen. Sie waren nach Jahrzehnten Diktatur kurzfristig in der Lage, sich eigenständig zu organisieren, Probleme anzusprechen, sachkundig wie sachlich zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen, ohne dass es ihnen – wie jahrzehntelang geschehen – von einer zentralen Stelle offeriert oder gar vorgeschrieben wurde.

69 Uwe Thaysen, Wege des politischen Umbruchs in der DDR. Der Berliner und der Dresdner Pfad der Demokratiefindung. In: Karl Eckart/Manfred Wilke (Hg.), Berlin, Berlin 1998, S. 69–90, hier 89.